

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0314/2006**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 28.08.2006

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - AI -/1032  
Verfasser/-in: SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat	28.08.2006	Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport	06.09.2006	Vorberatung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	11.09.2006	Vorberatung

### **Betreff:**

**Keine Abschiebungen im RP Gießen bis zur Neuregelung des Bleiberechts  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2006 -**

### **Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen fordert den Magistrat auf, sich beim hessischen Innenminister schnellstens dafür einzusetzen, dass bis zur geplanten Konferenz der Innenminister im November zur Neuregelung des Bleiberechts keine seit über 5 Jahren geduldeten Ausländer im Bereich des RP Gießen mehr abgeschoben werden und umgehend über das Ergebnis zu berichten.

### **Begründung:**

Auf der letzten Innenministerkonferenz im Mai dieses Jahres hat der hessische Innenminister einen Entwurf vorgelegt, nach dem seit mindestens sechs Jahren in Deutschland Geduldete eine Aufenthaltserlaubnis bekommen sollen, wenn sie ihren Lebensunterhalt sichern können, nicht vorbestraft sind und deutsche Sprachkenntnisse nachweisen können. Die nächste Innenministerkonferenz im November dieses Jahres wird dieses Thema abschließend beraten. Dies bedeutet für viele der Geduldeten weitere sechs Monate der Unsicherheit vor einer drohenden Abschiebung. Es ist widersinnig, Menschen, die aller Voraussicht nach im November von einer Bleiberechtsregelung profitieren würden, kurz zuvor abzuschieben.

gez. Inge Bietz, SPD-Fraktion